

LINKSRUM

Wetterau

Fraktion DIE LINKE. im Kreistag
September/Oktober 2025

Wir werden euch nicht helfen können!

Das sagen Ärztinnen und Ärzte der deutschen Sektion der Internationalen Ärzt:innen zur Verhütung des Atomkriegs (IPPNW). In der »Zeitenwende« soll auch das zivile Gesundheitssystem kriegstauglich gemacht werden. Zu Lasten der Zivilbevölkerung.

Lesen Sie Seite 2

80 Jahre nach Hiroshima und Nagasaki träumen Militär und Politiker vom Atomkrieg

Seite 5

Zu einer Demokratie gehört Opposition...

Sonst ist es keine Demokratie! In Hessen sollen kleine Parteien behindert werden.

Lesen Sie Seite 4

Mieten steigen nicht. Mieten werden erhöht!

Die Mietpreise werden immer weiter erhöht. Viele Haushalte müssen mehr als ein Drittel ihres Einkommens für die Wohnung bezahlen. Manchmal sogar die Hälfte. Das ist kaum noch zu schaffen. Und immer öfter sind die Wohnkosten daran schuld, wenn Menschen in Armut rutschen. Eine aktuelle Untersuchung des Paritätischen Wohlfahrtsverbands zeigt: Wohnen macht arm.

Über Ursachen und Gegenstrategien schreiben wir in dieser Ausgabe von Linksrum.

Lesen Sie die Seiten 3, 6 und 7



Wir werden euch nicht helfen können!

Am 1. Januar 2025 wurden in einem „Operationsplan Deutschland“ die zivilen Unterstützungsleistungen für das Militär festgelegt.

In einem NATO-Bündnisfall wäre Deutschland sowohl Aufmarschgebiet für NATO-Truppen als auch Drehscheibe für verletzte Soldat:innen. Die erwarteten Patientenzahlen übersteigen alles, was wir von Katastrophen oder aus Pandemiezeiten kennen. Die Bundeswehr spricht von bis zu Tausend verletzten NATO-Soldat:innen täglich. Zudem wird eine massive Flüchtlingswelle von verletzten Zivilist:innen erwartet. Darauf soll sich unser Gesundheitssystem jetzt vorbereiten.

Sowohl im Bündnis- wie auch im Verteidigungsfall würde das zivile Gesundheitssystem in erheblichem Maße einbezogen. Dabei fehlt medizinisches Personal schon in Friedenszeiten.

In Kriegszeiten hat das Militärische immer Vorrang. Bei knappen medizinischen Kapazitäten werden alle Hilfeleistungen priorisiert. Es geht immer zuerst darum, die Einsatzfähigkeit der Soldat:innen zu gewährleisten. Für Zivilisten steht dann das Gesundheitssystem nur noch sehr eingeschränkt zur Verfügung. Besonders dramatisch wären die Folgen eines Atomwaffeneinsatzes. Das haben die Erfahrungen von Hiroshima und Nagasaki gezeigt. Weder kann

die hohe Anzahl von Verbrennungspatient:innen versorgt werden, noch all die Menschen, die an den Strahlenfolgen leiden. Kein Gesundheitssystem der Welt könnte ein solches Szenario bewältigen. Auf diese Zusammenhänge machen die Ärzte gegen den Atomtod nachdrücklich aufmerksam, wenn sie sagen: „Wir werden euch nicht helfen können!“ Verteidigen wir unser Gesundheitswesen gegen die Militarisierung! Krieg darf nicht die Zukunft sein!



Folge 27:

flopcenter

Millionär geht auf die Ärmsten los!

Friedrich Merz, der Kanzler der Bundesrepublik, möchte Geld einsparen. Er will aber nicht die milliardenschweren Finanzspritzen für die Rüstungskonzerne streichen. Oder die Steuererleichterungen für Superreiche. Er will bei denen kürzen, die am Existenzminimum leben.

Mitte Juli, im Sommerinterview der ARD, unterstellte der Kanzler den Sozialhilfeempfängern, sie würden in staatlich finanzierten Luxuswohnungen leben. Und er würde jetzt dafür sorgen, dass sie zukünftig weniger Wohnungszuschuss bekommen.

Weil wir nicht davon ausgehen, dass der Kanzler keine Ahnung hat, müssen wir boshafte Absicht unterstellen. Wer die Deckelung von Wohngeld oder Mietzuschuss für Bedürftige fordert, ist nicht nur asozial. Er fördert Obdachlosigkeit und Kinderarmut!

Es fehlen 910.000 Sozialwohnungen!

Die Nachfrage bei bezahl-

barem Wohnraum ist hoch. Aber das Angebot ist knapp. Jeder weiß, dass dann die Preise nach oben getrieben werden. Und deshalb finden Menschen mit niedrigem Einkommen keine bezahlbare Wohnung.

Um bedürftigen Haushalten das Wohnen überhaupt noch zu ermöglichen, ist der Staat mittlerweile gezwungen, stetig steigende Mieten auf dem freien Wohnungsmarkt zu akzeptieren. Dadurch sind die notwendigen staatlichen Ausgaben für das Wohngeld und für die Kosten der Unterkunft geradezu explodiert.

Insgesamt wurden im vergangenen Jahr erstmals mehr als 20 Milliarden Euro

für die Unterstützung bedürftiger Menschen beim Wohnen ausgegeben: Gut 15 Milliarden Euro für die Kosten der Unterkunft, die überwiegend von den Jobcentern gezahlt werden. Und zusätzlich über 5 Milliarden Euro für das Wohngeld. Dagegen lagen die Ausgaben von Bund und Ländern für den sozialen Wohnungsbau in den letzten Jahren lediglich bei unter 2,5 Milliarden Euro pro Jahr.

Die Sozialausgaben fürs Wohnen sind damit 8-mal so hoch wie die Förderung des sozialen Wohnungsbaus. Das ist ein deutliches Missverhältnis.

Wer ist schuld?

Statt zu hetzen, sollte der Millionär Merz also lieber dafür sorgen, dass endlich Geld in die Schaffung von Sozialwohnungen investiert wird. Es braucht ein Sondervermögen für sozialen Wohnungsbau!!

Jede Förderung, durch die eine Sozialwohnung entsteht, erspart dem Staat erhebliche Summen, die er sonst in den Rachen privater Vermieter wirft.

Demokratie ohne Opposition?

Die hessische Landesregierung will kleinen Parteien den Zugang zu kommunalen Parlamenten erschweren. Dafür soll extra die HGO (Hessische Gemeindeordnung) geändert werden.

CDU und SPD wollen die Wählerstimmen zukünftig anders auszählen. Bisher werden Kommunalwahlen nach dem so genannten Hare-Niemeyer-Verfahren ausgezählt. Diese Zählweise stärkt die kleinen Parteien und Wählergruppen und trägt damit zur politischen Vielfalt bei. Jetzt soll das veraltete D'Hondt-Zählverfahren wieder aus der Mottenkiste geholt werden. Das wurde 1986 abgeschafft, weil es große Parteien stark be-

vorzugt. Das wären heute, nach Änderung der HGO, wieder CDU und SPD. Und damit die Rückkehr zu einem Zwei-Parteien-System. Mit D'Hondt gehen viele Wählerstimmen für kleinere Oppositionsparteien verloren, weil ihre Wahlergebnisse abgerundet werden. Damit kommen kleine Fraktionen nicht zustande und Minderheitenmeinungen sind in Kommunalparlamenten kaum vertreten. Offensichtlich will man die Opposition schwächen.

Deutschland macht mit beim Völkermord in Gaza

Alle Staaten sind gemäß Genozid-Konvention verpflichtet, den Völkermord an den Palästinenser:innen im Gazastreifen sofort zu stoppen. Notwendig ist ein umfassendes Waffenembargo. Wer weiterhin Waffen an Israel liefert, macht sich der Beihilfe zum Völkermord schuldig. Das gilt insbesondere für die wichtigen Rüstungslieferanten, wie die USA und Deutschland. Solidarität mit Palästina!

Fehlerteufel

In der letzten Ausgabe von "Linksrum" haben wir über den Haushalt des Wetteraureises berichtet. Da ist uns ein Fehler unterlaufen: Der Kreis muss nicht 261 Milliarden Euro Schulden aufnehmen, sondern 261 Millionen.

220 Milliarden pro Jahr! Der NA



80 Jahre nach Hiroshima und Nagasaki träumen Militär und Politiker vom Atomkrieg

Der helle Wahn- sinn!

Vor 80 Jahren zerstörten die USA mit zwei Atombomben die japanischen Städte Hiroshima und Nagasaki. Die Explosionen töteten rund 100.000 Menschen sofort. Bis Ende 1945 starben etwa weitere 130.000 Menschen. Hunderttausende litten und starben an den Spätfolgen der atomaren Strahlung. Heute gibt es weltweit etwa 12.500 Atomwaffen. Sie haben zusammen eine Sprengkraft von 146.605 Hiroshi-



ma-Bomben. Das Risiko eines Atomkriegs ist höher als je zuvor. Und dennoch träumen CDU und Militär von deutschen Atomwaffen

und dulden US-Atomraketen in Büchel. Werden die eingesetzt, wäre das nicht nur völkerrechtswidrig, sondern der Ruin Deutschlands.

ATO-Rüstungswahn in Zahlen:

Zum Vergleich

15 Mrd. Euro
wären notwendig, um allen Kindern und Jugendlichen in allen Kitas und Schulen jeden Tag ein kostenloses Mittagessen zu finanzieren. →

Eine weitere Zahl

14 Mrd. Euro
würden ausreichen, um alle Schwimmbäder in Deutschland zu erhalten und zu sanieren.

Oder:

7 Mrd. Euro
würden die notwendigen Investitionen sichern, um Krankenhäuser zu sanieren und zu erhalten.

50 Mrd. Euro
würden den Bedarf an Sozialwohnungen decken. 900.000 Sozialwohnungen fehlen zur Zeit.

Wohnen macht arm!

Eine Studie des Paritätischen Wohlfahrtsverbands (12/2024) zeigt, dass die unverhältnismäßig hohen Wohnkosten ein wachsendes Armutsrisiko darstellen. Nimmt man die Wohnkosten in den Blick, zeigt sich: Viele Menschen, die zuvor nicht als arm galten, haben nicht mehr genug zum Leben. Vor allem Menschen mit geringem Einkommen, Rentner, Alleinerziehende und junge Erwachsene sind von Wohnarmut betroffen. Hohe Mieten und Nebenkosten verschlingen einen unverhältnismäßig großen Teil des Einkommens. Dies führt dazu, dass Betroffene weniger Geld für andere wichtige Ausgaben haben, wie Lebensmittel, Kleidung oder Gesundheitsversorgung.

Der Paritätische fordert politische Gegenmaßnahmen, um die Wohnarmut zu bekämpfen: Höhere Löhne, den Bau von mehr Sozialwohnungen und eine stärkere Regulierung der Mietpreise.

Weder der Wetteraukreis noch seine Städte und Gemeinden haben einen Mietspiegel. DIE LINKE. hat mehrmals beantragt, Mietspiegel zu erarbeiten. Das wurde mit der Begründung abgelehnt, Mietspiegel würden die Mieten in die Höhe treiben. Wir sehen jedoch Vorteile für die Mieter.

Zahlst du Wuchermiete ?

Was ist Mietwucher? Um das festzustellen, muss man die eigene Miete der ortsüblichen Vergleichsmiete gegenüberstellen. Dazu bräuchte man einen Mietspiegel. Doch auch wenn es den nicht gibt, kann man die ortsübliche Vergleichsmiete herausfinden. Das Amt, das in der Kommune für Wohnungen zuständig ist, sollte die ortsübliche Vergleichsmiete kennen.

Wird die ortsübliche Vergleichsmiete um mehr als 20% überschritten und nutzt ein Vermieter die Mangellage auf dem Wohnungsmarkt aus, handelt es sich um eine unzulässige **Mietpreisüberhöhung**. Dies stellt eine Ordnungswidrigkeit dar. Dem Vermieter droht ein Bußgeld bis zu 50.000 €. Leider werden Mietpreisüberhöhungen viel zu sel-

ten angezeigt und geahndet. Wird die ortsübliche Vergleichsmiete sogar um mehr als 50% überschritten, handelt es sich rechtlich um **Mietwucher**. Das ist eine Straftat. Für besonders dreiste Fälle sieht das Gesetz sogar eine Freiheitsstrafe vor.

In beiden Fällen kann die Miete abgesenkt und zu viel gezahlte Miete zurückgefordert werden.

Wird dem Amt ein solcher Fall angezeigt, muss es ermitteln. Mieter treten lediglich als Zeugen auf.

Ein örtlicher Mietspiegel ist jedenfalls sehr nützlich. Denn Immobilienportale veröffentlichen sowie so Mietspiegel und passen ihre Mieten nach oben an. Da ist es doch sehr sinnvoll, wenn die Kommune den Privaten nicht das Feld überlässt und die Mieter unterstützt.



Gabi Faulhaber

Kreistagsabgeordnete der Linken.

Nach mehr als zehn Jahren wurde die GmbH "Bezahlbarer Wohnraum im Wetteraukreis" gegründet. Das ist doch ein toller Erfolg!

Ja, es ist schon mal ein Anfang. Endlich hat die Mehrheit im Kreistag eingesehen, dass auch der Wetteraukreis und seine Kommunen für bezahlbaren Wohnraum zuständig sind. Man muss sich auf allen politischen Ebenen um Wohnraum bemühen!

Das klingt aber nicht gerade begeistert...

Die Wohnungsnot im unteren Preissegment ist dramatisch. Und das ist nicht neu. Schon vor zehn Jahren konnte man das sehen. Deswegen hatten wir ja eine kreiseigene WoBau beantragt. Es wurde viel Zeit verbummelt.

Aber jetzt geht es los!

Antifaschismus fängt bei der Miete und der Stromrechnung an

DIE LINKE. Fraktion im Kreistag hat ein Jahrzehnt unermüdlich für eine kreiseigene Wohnungsbaugesellschaft gekämpft. Jetzt wurde sie endlich gegründet. Im Interview sagt Gabi Faulhaber, warum mit der derzeitigen WoBau das Ziel noch lange nicht erreicht ist.

Das hoffe ich. Bis jetzt ist die WoBau nur Papier. Es müssen konkrete Taten folgen und das darf nicht wieder zehn Jahre dauern!

Bisher beschloss der Kreis ein Förderprogramm. Bürger und Investoren bekommen einen Zuschuss, wenn sie Mietwohnungen schaffen. Außerdem berät der Kreis Kommunen zu Förderprogrammen von Land, Bund und EU. Beides ist natürlich nicht schlecht.

Was will die linke Fraktion?

Wir wollen, dass gebaut wird! Wir brauchen bezahlbare Mietwohnungen! Ein größerer Bestand an kommunalen Wohnungen würde die Mietpreise eindämmen. Dann könnten private Vermieter nicht mehr jeden Preis verlangen, weil es billigere Alternativen gibt.

Dann müsste aber viel gebaut werden!

Genau! Bis 2040 müssten im Wetteraukreis 24.500 Mietwohnungen entstehen, um den Bedarf an bezahlbarem Wohnraum zu decken.

Kann der Wetteraukreis das denn realisieren?

Allein eher nicht. Aber vielleicht gemeinsam mit einem starken öffentlichen Partner, wie der ABG in Frankfurt. Man muss nach Lösungen suchen! Dass die Mieten weiter explodieren, ist nicht hinnehmbar! Zurecht sind immer mehr Menschen mit der unsozialen Wohnungspolitik unzufrieden. Ihr Grundrecht auf Wohnen wird einfach ignoriert.

Antifaschismus fängt bei der Miete und der Stromrechnung an!

Sprechstunden im Roten Laden



Im Roten Laden, Usagasse 26, Friedberg, (Foto) können Sie jeden Montag von 14 bis 16 Uhr und jeden Donnerstag von 16 bis 18 Uhr mit der Fraktion der Linken im Kreistag sprechen.



Unterstützung im Behörden-dschungel finden Sie beim Verein **SOS-Sozial**sprechstunde im Roten Laden. Jeden Montag von 14 bis 16 Uhr und jeden Donnerstag 16 bis 18 Uhr (werktags), Usagasse 26, Friedberg. Mail: sosimrola@gmail.com Telefon: 06031 1695707 (AB)

Die Linke Jugend Wetterau will nicht kriegstüchtig werden.

Kriegsvorbereitung? Ohne uns!

Wer zu einem Krieg rüstet, braucht eine Gesellschaft, die den Krieg und die Bundeswehr unterstützt - ob an der Waffe oder im Hinterland. Deshalb will Minister Pistorius (SPD) die gesamte Gesellschaft kriegstüchtig machen. Da reicht es nicht mehr, in der Schule oder Uni Werbung für die Bundeswehr zu machen und Kriegseinsätze zu rechtfertigen. Man braucht jetzt die Wehrpflicht, um die Bundeswehr tiefer in der Ge-

sellschaft zu verankern. Die Linke Jugend Wetterau lehnt Hochrüstung und Krieg ab. Jugendliche haben nur im Frieden eine Perspektive!

Mit einer Petition werden Unterschriften gegen die geplante Wiedereinführung der Wehrpflicht gesammelt. Unterschreiben auch Sie: [https://www.openpetition.de/petition/online/gegeneine-wiedereinfuehrung-der-wehrpflicht-und-anderer-zwangsdienste?](https://www.openpetition.de/petition/online/gegeneine-wiedereinfuehrung-der-wehrpflicht-und-anderer-zwangsdienste)



Foto: Kampagne „Tag ohne Bundeswehr“

Impressum: Fraktion DIE LINKE. im Kreistag der Wetterau. V.i.S.d.P.: Gabi Faulhaber, Usagasse 26, 61169 Friedberg. e-mail: info@die-linke-wetterau.de homepage: www.die-linke-wetterau.de